

Nummer 77 — 23. Jahrgang  
Einmal wöchentl. Bezugspreis: für März 2.20 Rent.-Mark  
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark  
Preise: Die eingepollte Beilage 20 S. f. Familien- u.  
Berechnungen, Gebote 15 S. Die Zeit.-Beilage 50  
mm breit, 1.4. Offentl. Gebühr für Selbstabholer 15 S.  
bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Postzuschlag.  
Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfeunig.  
Gesellschafter: Zell: Josef Hofmann, Dresden

Sonntag, 30. März 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf  
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Kaufträgen und  
Bestellung von Schabernag. Für unbedeutlich und durch Fern-  
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unberichtigt eingehende und mit Rückporto  
nicht begleitete Manuskripte werden nicht aufbewahrt.  
Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsischer Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und  
Druck und Verlag: Saxonia-Verlagsdruckerei G.m.b.H.  
Dresden-N. 10, Postfachstraße 46, Fernruf 22722, Ver-  
schaffungspreis Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden • N. 10, Postfachstraße 46, Fernruf 22722  
und 33638

## „Soziale Reaktion?“

Der Vorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands, hat ein Handbuch für seine Wähler herausgegeben.  
Am 15. Kapitel dieses Handbuches ist eine Uebersicht und Cha-  
rakterisierung der Parteien des Reichstages gegeben. Wenn man  
an und für sich schon bei den Sozialdemokraten einen Mangel  
an Objektivität feststellen kann, der sich, wenn es das Interesse  
der Partei angeht, manchmal bis zur verantwortungslosen Dema-  
gogie steigert, so gilt das in besonderer Maße von diesem Hand-  
buch und dem schon angeführten Kapitel 15. Was insbesondere  
die Charakterisierung des Zentrums anlangt, so kann man  
hier bald schon von bewährter Unwahrscheinlichkeit reden. Die ver-  
antwortungsvolle Politik, welche das Zentrum stets besonders  
aber seit der Revolution durch seine Teilnahme an der Regierung  
geführt hat, wird mit seinem Satze gewürdigt. Die Sozialdemo-  
kratie scheint es wünschenswert zu haben, in dieser Darstellung  
das Zentrum als möglichst arbeiterfeindlich und Schrittmacher der  
sozialen Reaktion hinzustellen, da man sich in ihren Kreisen bewußt  
zu sein scheint, daß ein großer Teil ihrer bisherigen Anhänger  
bei den kommenden Wahlen nicht mehr mitzumachen denkt.

Was die Unterstellung anlangt, das Zentrum trage an der  
Entwicklung der sozialen Reaktion eine große Schuld, so kann  
man sagen, daß diese Behauptung wider besseres Wissen auf-  
gestellt ist. Es sind in der letzten Zeit von Seiten weiter Arbeit-  
nehmerkreise allgemeine Vorwürfe laut geworden, die sich haupt-  
sächlich nach drei Richtungen bewegen, erstens die Reichsregierung  
wolle Sozialpolitik überhaupt abweisen, zweitens, sie wolle aufträ-  
men mit den sozialistischen Organisationsformen der letzten Jahre,  
sie lehne wieder zurück zu den Grundgedanken der längst überwin-  
nenen sozialen Wende, drittens, das Ermächtigungsgesetz sei beson-  
ders auf Kosten der Sozialpolitik gehandhabt worden. Von diesen  
drei Vorwürfen ist auch nicht ein einziger zutreffend.

Die Sozialpolitik ist jeweils bestimmt durch wirtschaftliche  
und politische Voraussetzungen, sowohl innen- wie außenpolitische.  
Daß diese Voraussetzungen in Deutschland sehr ungünstig liegen,  
muß wohl nicht besonders betont werden. Die deutsche Wirt-  
schaft liegt unter dem Druck des Diktats von Versailles und der  
daraus zum Teil beeinflussten innenpolitischen Lage vollkommen  
darnieder. Die ersten Nachkriegsjahre brachten unter der Justiz-  
tion eine Scheinsonjunktur der deutschen Wirtschaft. Aber es  
war eben nur eine Scheinsonjunktur, deren Linie mit zeitweiser  
Unterbrechung sich stetig senkt bis zum völligen Zusammenbruch  
der deutschen Wirtschaft und damit zum Bankrott der Reichs-,  
Staats- und Gemeindefinanzen. Sozialpolitisch heißt das: auf  
Grund dieser Scheinsonjunktur litt Deutschland nicht unter einer  
Arbeitslosigkeit, wie sie die Folgen des Krieges und des Friedens  
von Versailles mit sich bringen mußte. In die Sozialpolitik  
wurden infolgedessen keine so übermäßig großen Anforderungen  
gestellt. Je mehr sich aber die Wirtschaft und Währung dem Ver-  
fall näherten, desto deutlicher mußten sich die Folgen davon auf  
sozialpolitischem Gebiet zeigen.

Das trat besonders hervor, als im letzten Jahre die wirt-  
schaftliche und politische Lage in Deutschland katastrophale Formen  
annahm. Anfang Dezember waren im unbesetzten Deutschland  
1,5 Millionen Vollerwerbstlose und 1,8 Millionen unterstützte  
Kurzarbeiter. Im besetzten Gebiet war die Zahl der Vollerwerbs-  
losen 1,5 Millionen und der unterstützten Kurzarbeiter 0,5 Mil-  
lionen. Weiter fielen der Sozialpolitik 785 000 Kriegsbeschädigte,  
533 000 Kriegerverwundene, 1 134 000 Kinder von Kriegern, 1 430 000  
Waisenkinder und Altersrentner, 523 000 Waisen und 320 000 un-  
terstützte Kleinrentner zu. Dazu kommt, daß die Kaufkraft aller  
Gehälter und Löhne gegenüber den Preisen infolge des katastrophalen  
Sturzes der Mark ganz bedeutend gesunken war. Ver-  
rückte man auf der anderen Seite die ungläubliche Finanznot  
des Reiches, so ist ohne weiteres einzusehen, daß bei diesen wirt-  
schaftlichen und politischen Voraussetzungen die Sozialpolitik  
nicht derartig wirksam werden konnte, wie es wohl jeder gern ge-  
wünscht hätte. Voraussetzung für eine Gesundung, für einen  
Wiederaufstieg des deutschen Volkes war die Ordnung seines  
öffentlichen Haushaltes, Stabilisierung der Währung und Wirt-  
schaft und damit die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Auf  
keinen Fall aber konnte der Hebel bei der Sozialpolitik angelegt  
werden.

Die Bilanzierung des Staatshaushaltes erforderte eine Stei-  
gerung der Einnahmen und auch eine Beschränkung der Ausgaben.  
Wenn damals auch die Einschränkung mancher Ausgaben auf  
sozialpolitischem Gebiet eintrat, so lag das im Interesse des Allge-  
meinwohls. Die Erfolge zeigen sich heute schon sehr deutlich. Die  
Zahl der unterstützten Kurzarbeiter im unbesetzten Gebiet ist, wie  
der Reichsanwalt in seiner Oberfelder Rede betonte, von 1,8 Mil-  
lionen auf 130 000 zurückgegangen und die Zahl der Vollerwerbs-  
losen vermindert sich täglich. Die Verhältnisse auf dem Arbeits-  
markt im besetzten Gebiet liegen ähnlich. Wenn also die damals  
von der Regierung ergriffenen Maßnahmen sich heute schon als  
berechtigt erweisen, so ist es der Hüpfel der Demagogie, und  
daraus einen Strich ziehen zu wollen, um bei den Wahlen günstiger  
abzuschneiden. (Ein weiterer Artikel über die Arbeitszeit-  
berechnung folgt.)

## Die neuen Mitarbeiter Poincarés

Die geteilten Pariser Gefühle gegenüber dem neuen Kabinett — Maßloses Erstaunen? — Die  
zweifelhafte Mehrheit am kommenden Montag?

### Das neue Kabinett Poincaré gebildet

Paris, 29. März. Die offizielle Zusammenfassung des  
Kabinetts Poincaré ist folgende: Ministerpräsident und Minister  
des Innern: Poincaré, Justiz: Lefèvre de la Poëze, Inneres:  
De Selves, Finanzen: François Marchall, Krieg und  
Vernichtung: Maginot, Marine: Bokanowski, Unterricht:  
De Jouvenel, Kolonien: Faidy, Öffentliche Arbeiten:  
Le Troquer, Handel, Industrie, Post und Telegraph: Es-  
cheur, Landwirtschaft: Capus, Wohlstand und Arbeit: Vi-  
gent, Wiederanstau: Louis Marin. Das Ministerium der  
Wohlstand und der Arbeit ist mit fünf ein einziges Mini-  
sterium zusammengeschlossen. Post und Telegraph fallen mit dem  
Handelsministerium zusammen. Was die übrigen Staatssekre-  
tariate anlangt, so ist ihr Schicksal noch nicht definitiv  
erregelt. Es heißt aber, daß sie meisten aufgehoben werden  
sollen. Das neue Kabinett hat seine Sitzung am 10 Uhr unter  
dem Vorsitz Poincarés seine erste Sitzung ab. Die Minister  
begaben sich hierauf in Begleitung des Ministerpräsidenten nach  
dem Hofe, um Mitternacht vorgestellt zu werden. Die Re-  
gierungserklärung, die heute und morgen ausgearbeitet werden  
wird, beschäftigt Poincaré am Montag in der Kammer vor-  
zubringen. Um 8 Uhr begab sich Poincaré gestern Abend nach dem  
Palast.

Paris, 29. März. Die neuen Mitarbeiter Poincarés  
spielen in politischer Beziehung eine führende Rolle und gelten  
im übrigen auf ihrem Gebiete als Sachverständigenkompetenzen.  
Man behauptet in den diplomatischen Kreisen, daß Poincaré mit  
diesem Kabinett eines der stärksten Ministerien seit 1922 zustande  
gebracht habe. Es umfaßt nämlich 2 Sozialisten und 3 Mitglieder  
der Entente-Republikaner, nach rechts ist es durch die unabhängigen  
Radikalen und rechtsgerichteten Konservativen und nach links  
von dem Blöde der Linken begrenzt. Die politische Einstellung  
der Mitglieder des neuen Kabinetts kann daraus ersehen werden,  
daß bei der letzten Debatte über die Ermächtigungsgesetze gegen  
Poincaré gestimmt wurde, im Senat Deutscher und Jovenel in der  
Kammer Lauche und Vincent, der Senator Marchall, der Führer  
der Opposition im Senat hatte bekanntlich an der Abstimmung  
nicht teilgenommen. Die übrigen des neuen Kabinetts haben  
sämtlich für die Regierung gestimmt.

Paris, 29. März. (Leitartikel) Alles in allem hat  
das neue Kabinett in der Kammer keinen günstigen Ein-  
druck hinterlassen. Die Abgeordneten der Mehrheitspartei  
machten Poincaré den Vorwurf, daß er verschiedene Abgeordnete, die  
anlässlich der Finanzdebatte in der Diskussion über das Ermäch-  
tigungsgesetz gegen ihn stimmten, zum Eintritt in das Kabi-  
nett bewegen habe. Ferner beschuldigt man Poincaré, sich zu  
wenig nach links orientiert zu haben. Andererseits verwirren sich  
gemäß alle Parteien einmütig die Haltung, die Poincaré seinen  
Mitarbeitern gegenüber eingenommen hat. Unter diesen Um-  
ständen hält man es für zweifelhaft, ob Poincaré am sonnta-  
gen Montag in der Kammer die Mehrheit erringen wird.

Ein Kommentar der „Nouveaux“ ist sehr bezeichnend.  
Das Blatt schreibt u. a.: Das neue Kabinett erregt maßloses  
Erstaunen. Der Ministerpräsident, der das Vertrauen der  
anständigen Republikaner erregt hatte, verlor nun auch  
das Vertrauen der anständigen Menschen sämtlicher Parteien.

## Das Moratorium

Wid dem Bericht der Sachverständigen sind nun einige Mit-  
teilungen der Öffentlichkeit bekannt geworden, die freilich noch  
keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, im allge-  
meinen aber wohl zutreffend die Lage charakterisieren dürften. Es  
wird vorgeschlagen, Deutschland ein Moratorium von drei Jahren  
zu gewähren. Innerhalb dieser Zeit soll Deutschland lediglich  
Einzelschulden übernehmen, doch ist über deren Gegenwert eine  
Einigung noch nicht erzielt worden. Die vorgeschlagenen Summen  
bewegen sich zwischen 400 und 800 Millionen Goldmark jährlich.  
Nach Ablauf des Zahlungsmoratoriums, also im vierten Jahre, hat  
der Sachverständigenbericht einen jährlich von Deutsch-  
land zu zahlenden Betrag von 2 1/2 Milliarden  
Goldmark für tragbar und zwar verrechnet auf Sachlieferun-  
gen, wie auf bare Zahlungen. Aber auch über diese Ziffer ist noch  
keine Einmütigkeit erzielt. Zahlungen sollen durch direkte  
Ablieferung der Güter und Bereitstellung besonderer Steuern er-  
folgen, aus denen man insgesamt etwa 1,2 Milliarden erwartet.  
Aus Obligationen, die von Industrie und Landwirtschaft gestellt  
werden sollten, werden 300 Millionen Goldmark und aus Obligati-  
onen, für welche die Reichsbahn ihren Beitrag verpflichten  
müßte, etwa eine Milliarde Mark erwartet. Für die Belastung  
von Industrie und Landwirtschaft ist eine Spritzenartige Hypothek  
von 10 Milliarden auf 40 Jahre vorgesehen. Die Sicherung des  
Pandes der Reichsbahn soll dadurch gesichert werden, daß eine  
Reichsbahn-Gesellschaft als deutsche Gesellschaft unter deutschem  
Vorbehalt und deutscher Verwaltung mit internationalen Kontroll-  
rechten gegründet und mit einem Kapital von 28 Milliarden Gold-  
mark ausgestattet werden soll. Die Konzeptionsbauer beläuft sich  
auf 50 Jahre. Zur Voraussetzung für die Durchführung dieser  
Bestimmungen wird vom Sachverständigenbericht die Herstellung  
der wirtschaftlichen und Verwaltungseinheit und vor allem die  
Wiedereinrichtung des Aufgebots in den gesamtdeutschen wirt-  
schaftlichen und politischen Organismus gefordert.

Soweit die Informationen. Die Stellungnahme zu den  
Einzelheiten wird erst erfolgen können, wenn der Bericht selber in  
seinen Einzelheiten bekannt ist. Man nimmt an, daß das bis  
Mitte der nächsten Woche der Fall sein wird.

### Die englisch-russische Konferenz

London, 29. März. Nach einer amtlichen Mitteilung wer-  
den die russischen Delegierten zur anglo-russischen Konferenz wahr-  
scheinlich am 4. April in London eintreffen. Man erwartet, daß  
die erste Sitzung der Konferenz, die vielleicht eine öffentliche  
sein wird, im Saint James-Palast stattfinden wird. Nach Aus-  
gaben aus amtlicher Quelle wird sich die Konferenz mit der  
Ratifizierung der bereits zustandekommenen Abkommen  
befassen und die Einzelheiten dieser Abkommen ausarbeiten. Aus  
gleicher Quelle verläutet ferner, daß die Sowjets bereit sind,  
beschlagene Güter zurückzugeben und die internationalen Schuld, die England an Großbritannien hat, an-  
zuerkennen. Als Gegenleistung soll England einen großen Kredit  
erhalten.

### Ein verurteilter Smeetschovverräter

Leipzig, 29. März. Der Staatsgerichtshof zum Lande  
der Republik verurteilte gestern den jugendlichen Bekannten Hein-  
rich Simons aus Wilsdruff, Thürland, wegen Hochverrat und  
Spionage zu 5 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und  
5 Jahren Bürgerluft. Der Staatsgerichtshof sieht als freige-  
stellt an, daß der Angeklagte im Frühjahr 1923 mit Vertre-  
tern der Smeetschovpartei in Verbindung getreten ist.

### Auch Albanien Republik

Athen, 29. März. Das albanische Parlament prokla-  
merte nach den hier eingetroffenen Meldungen nach dem Beispiel  
Griechenlands die Republik. Für die Republik stimmten nahezu  
sämtliche Abgeordnete. Ein aus vier Mitgliedern bestehender  
Kart soll die Regierung übernehmen, bis die neue Konstitution  
des Landes gesetzlich festgesetzt sein wird.

## Zeigners wehmütige Verteidigung

Leipzig, 29. März. Am gestrigen neunten Verhandlung-  
stage erwidert der Angeklagte Dr. Zeigner das Schlusswort.  
In großer Bewegung macht er seine Ausführungen und erteilt  
zunächst Auskunft über seine Einkommensverhältnisse. Auf  
seinem Wortgelege bezieht er die geschlechtlich vorgeschriebene Minister-  
senfion von zuletzt 4920 Mk. jährlich. Dann erklärt Dr. Zeigner  
zum Fall Trommer: Der Befund der Akten hat immer vom  
Stand der Untersuchung abgehangen. Wie wurden immer neben  
den Beweisen auch Beweisen vorgelegt. Im Falle Schmeidler  
erhielt die Anklagebehörde in meinem Verhalten eine Amts-  
handlung. Eine Amtshandlung kommt aber überhaupt nicht in  
Frage. Ich sah den Zeig zum ersten Mal am zweiten Osterfeier-  
tage. Am übernächsten Tage führte ich den neuen Innenminister  
in sein Amt ein. Dann hätte ich da als Beweiser des Innen-  
ministeriums eine Amtshandlung vornehmen sollen? Gräßlich  
ist, daß bei den Hunderten von Briefen, die sich bei mir anhäufelten,  
ich auch einmal einen vernichtet habe, der besser in die Akten ge-  
kommen wäre.

Es ist mir nicht lieb, wenn in öffentlichen Verhandlungen fest-  
gestellt wird, ich sei Eshoboth bezüglich meiner großen  
Kenglichkeit, ich sei niemals eine Persönlichkeit gewesen. Das  
Gutachten ist aber da, und von niemand beanstandet worden.  
Ich verweise auf das Gutachten von Dr. Schill, wonach ich  
die Probleme nicht bis zu den tiefsten Tiefen durchdenken  
könne.

Daß meine Frau ohne mein Wissen auf Vergner und Brandt  
einzuwirken versucht hat, ist mir peinlich genug. Im Falle  
Brandt handelt es sich um einen alten Herrn, den der Vor-  
sitzende hat ermahnen müssen, auseinander zu halten, was er  
wisse, und was er nur glaube. Danach ist Brandt nicht als der  
Kassische Zeuge zu betrachten. Auch die Darstellung des Mübius  
ist keine geeignete Grundlage. Was den Vorfall mit der Wand  
anbetrifft, so war ich damals zunächst der Meinung, daß Brandt  
mich wegen Gewandfachen und wegen des Vorfalls im Kasse  
Lippold sprechen wollte. Daß ich, als mir Brandt die Hand in  
den Arm drückte, konsterniert war, ist verständlich, zumal der  
ganze Vorgang wie Brandt sich ausdrückte, eine Momentaufnahme  
war. Gewiß habe ich den richtigen Weg der Zurückweisung nicht  
gefunden. Ich war immer in Furcht, daß meine Militärkasse auf-  
gerollt werden könnte, wenn ich im Falle Brandt aufpassen er-  
regte. Als aber die Militärkasse nach meiner Ansicht verurteilt  
war, habe ich vollständig die Karten aufgedeckt.

Dr. Zeigner hat dann das Gericht, sich bei der Urteilsfin-  
dung völlig freizuhalten von den Akten, die zum Teil geradezu  
Wahnwörter enthielten, und nur die Ergebnisse der Hauptver-  
handlung zu werten. Mit transeveraler Stimme schließt Dr.  
Zeigner: Denken Sie an den Menschen und an das, was Sie als  
wahr unterstellt haben, er ist wirklich nicht ein klagendes  
Subjekt!

Da der Ankläger Mübius auf das Schlusswort ver-  
zichtet, wird die Sitzung geschlossen.

### Drselien im Schwerner Landtag

Schwern, 29. März. Im Mecklenburger Landtag kam es  
heute zu einem Konflikt zwischen dem früheren Landwirtschafts-  
minister Stier und dem deutschnationalen Oberbauernführer  
Söffing, in dessen Verlauf Stier seinem Gegner einige Ohrfeigen  
versetzte. Die Angelegenheit, die zwischen den Ohrselen be-  
schäftigt, hatte eine kümmerliche Auslandsbeschäftigung Stiers  
und den deutschnationalen zur Folge. Stier ist der einzige Ab-  
geordnete der Wirtschaftspartei im Landtag. Der Konflikt ist  
zurückzuführen auf Spekulationen und Verleumdungen, die von den  
deutschnationalen Blättern unter Führung Söffings gegen den  
ehemaligen Minister Stier in Bewegung gehalten werden.